

## 6. Wahlperiode – 52. Sitzung

### Tagesordnungspunkt 4

#### Zweite Beratung des Entwurfs Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens im Freistaat Sachsen

Drucksache 6/5078, Gesetzentwurf der Staatsregierung Drucksache 6/9118,  
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Sport

Entschließungsantrag der Fraktionen CDU und SPD, Drucksache 6/9225

11. April 2017

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich wollte ursprünglich im Zusammenhang mit dem Entschließungsantrag darauf eingehen; aber aufgrund der Kritikpunkte, was das Thema Inklusion angeht, möchte ich die Zeit, die mir in der Debatte zur Verfügung steht, gern nutzen, um einige Worte dazu zu sagen. Die AfD geriert sich als letzte Bastion, die ganz tapfer der Verblödung der Menschheit durch Inklusion entgegensteht. Dabei legen Sie sehr deutlich Zeugnis von Ihrem Menschenbild ab.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Menschenbild, das die Würde des Menschen in Abhängigkeit von seiner Leistungsfähigkeit stellt. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie uns das heute noch einmal gezeigt haben. Es hätte keines weiteren Beweises bedurft; aber Frau Kersten war am Ende sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU – Beifall der Abg. Petra Zais, GRÜNE)

Wir haben zu dem Thema Inklusion einen höchst differenzierten und sehr ausführlichen Diskussionsprozess mit allen Beteiligten geführt. Das Ergebnis bezeichnen Sie von der AfD als „fatale Fehlentscheidung“. Dabei steht dieses Ergebnis am Ende einer bedachtsamen, schrittweise Vorgehensweise. Mit einer Fehlentscheidung hat es aus meiner Sicht überhaupt nichts zu tun, vielmehr mit einem differenzierten, teilweise sehr langsamen Prozess. Aber es zeigt den Fatalismus Ihrer Politik, dass Sie das so pauschal und rundweg ablehnen. Sie haben uns aufgefordert, das Thema Inklusion zu Ende zu denken. Auch das zeigt, wie wenig Sie mit dem Thema vertraut sind; denn Inklusion kann man nicht zu Ende denken. Inklusion ist ein niemals endender Prozess. Sie haben gesagt, das Bestmögliche werde an einer Regelschule niemals möglich sein. Eine Regelschule werde niemals das Bestmögliche für ein Kind leisten können. Das ist eine sehr starke These. Es gibt schon viele lebende Beispiele, die diese These widerlegen. Ein Beispiel ist ein Junge mit Downsyndrom, dem es gelungen ist, an einer Oberschule einen Realschulabschluss zu machen. Diesen hätte er so an einer Förderschule nicht erzielen können. Sie sehen mit Einführung der Inklusion die PISA-Ergebnisse in Gefahr. Dazu

möchte ich Ihnen sagen: Eine funktionierende Gesellschaft besteht aus deutlich mehr als aus guten PISA-Ergebnissen.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und der Abg. Petra Zais, GRÜNE)

Eine funktionierende Gesellschaft besteht aus gegenseitiger Rücksichtnahme, aus dem Mitnehmen von Starken und Schwachen und aus Werten, die Ihnen fremd sind, zum Beispiel Solidarität. Mir ist es wichtig, dass wir auch an dieser Stelle zeigen, dass uns allen – auch den anderen Fraktionen – diese Werte eines gemeinsamen Miteinanders in unserem Schulwesen, ob an einer Regel- oder an einer Förderschule, wichtig sind.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Über seine Schulzeit wusste Bertolt Brecht zu schreiben: „Während meines neunjährigen Eingewecktseins an einem Augsburger Realgymnasium gelang es mir nicht, meine Lehrer wesentlich zu fördern.“ Thomas Mann scheiterte am Abitur, Albert Einstein hatte Disziplinprobleme und schmiss die Schule mit 15 Jahren. Um genau solche Schülerinnen und Schüler geht es in unserem Antrag. Sie werden wohl nicht alle zwangsläufig Nobelpreisträger, aber es geht eben um Kinder, die in irgendeiner Form nicht der Norm entsprechen. Wir müssen uns entscheiden, ob wir diese Kinder mitnehmen oder aussortieren wollen. Aussortieren klingt in dem Fall sehr negativ. Das ist es nicht in jedem Fall. Wenn ein sinnesbehindertes Kind beispielsweise die Blindenschule besucht, kann das für dieses Kind eine gute Förderung sein. Wenn aber ein Kind, weil es beispielsweise zu langsam lernt, schon zur Einschulung auf eine Förderschule kommt und diesen Pfad nicht mehr verlassen kann, wird bereits bei einem Sechsjährigen festgelegt, dass er wahrscheinlich keinen Schulabschluss machen wird.

Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Bei Inklusion kann man vieles falsch machen. Wir haben in den letzten Jahren nicht so viel gemacht wie andere Bundesländer und dabei auch nicht so viel falsch gemacht. Wir haben aber in Kauf genommen, dass manche Dinge, die falsch laufen – wie das Beispiel, das ich gerade nannte –, so bleiben. Das soll sich jetzt ändern. Wir verfolgen drei wesentliche Ziele.

Erstens. Dort, wo inklusiv beschult wird, müssen die Bedingungen angepasst und verbessert werden. Eine bessere Ausstattung, die wir mit dem Antrag absichern, und Eigenverantwortung der Schulen gehören dazu.

Zweitens. Ein solches Wagnis funktioniert am ehesten, wenn man auf Freiwilligkeit statt auf Zwang setzt.

Drittens. Wir wollen immer wieder prüfen, ob dieser Weg, wie wir ihn jetzt beschreiten und über dessen Ziel wir uns einig sind – die inklusive Schule –, der richtige Weg ist. Daher soll es bis September 2021 einen Bericht geben, der über den Stand der inklusiven Schule Auskunft gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, es war jetzt ein sehr anstrengender Prozess. Ich würde mich trotzdem freuen, wenn Sie sich noch einmal kurz auf dieses Gedankenexperiment hier vorn einlassen. Wenn Sie sich an Ihre Kindheit erinnern, denken Sie vielleicht auch einmal daran, wie es das erste Mal war, als Sie in der Straßenbahn oder beim Spaziergehen einen Menschen mit einer Behinderung gesehen haben, vielleicht eine blinde Frau oder zwei Gehörlose beim Kommunizieren oder einen Menschen mit Downsyndrom. Diese Menschen waren uns in ihrer Kommunikation und in ihrer Erscheinung fremd. Wir schauten sie oft lange an, bis wir den elterlichen Rat bekamen, genau das nicht zu tun. Ich wünsche mir für die Generation unserer Kinder, dass sie Ihnen und uns vertraut werden. Eine inklusive Schule kann das erreichen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsregierung)